

Fremde Federn: Wolfram Lacher

Libyen ist noch keine Erfolgsgeschichte

Wo im Frühjahr 2020 noch verfeindete Milizen mit ausländischer Hilfe um die Macht kämpften, bereitet heute eine Einheitsregierung das Land auf Wahlen vor – dank deutscher Krisen-diplomatie. So lautet die Botschaft der Libyen-Konferenz, die am Mittwoch stattfindet.

Der Versuch, die derzeitige Entspannung als außenpolitischen Erfolg Deutschlands zu präsentieren, ist angesichts der nahenden Bundestagswahl verständlich. Doch es ist falsch, die Fortschritte der ersten Berliner Libyen-Konferenz vom Januar 2020 zuzuschreiben. Die Gründe für diese Fortschritte entzogen sich dem Einfluss europäischer Regierungen – so wie jetzt auch die Weichenstellung zwischen weiterer Stabilisierung und erneuter Eskalation. Der Fall Libyen zeigt, wie bereitwillig die Europäer ihre unmittelbare Nachbarschaft aggressiven Regionalmächten überlassen haben.

Ziel der zweiten Berliner Libyen-Konferenz ist eine Erklärung der beteiligten Staaten, die auf die Einhaltung des Wahldatums vom 24. Dezember und den Abzug ausländischer Kräfte aus Libyen dringt. Bewirken dürfte diese Erklärung ebenso wenig wie jene der ersten Konferenz. Damals bekannten sich die Staats- und Regierungschefs von Ländern wie Russland, der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten feierlich zum UN-Waffenembargo für Libyen. Doch die Stationierung von Waffen und Söldnern ging nicht nur weiter, sie nahm nach der Konferenz stark zu. Der Kampf um die Hauptstadt Tripolis eskalierte im Frühjahr 2020 massiv.

Nicht die Ehrenworte der Berliner Konferenz ermöglichten die Rückkehr zum politischen Prozess, sondern die Tatsache, dass die intervenierenden Staaten diese nicht beachteten. Im Mai 2020 zwang das türkische Militär den Kriegsherrn Khalifa Haftar sowie seine russischen und emiratischen Unterstützer dazu, sich aus Westlibyen zurückzuziehen. So beendete die türkische Intervention den Krieg um Tripolis und schuf entlang der neuen Frontlinie im Zentrum des Landes ein Kräftegleichgewicht. Der im Oktober 2020 unter Ägide der UN ausgehandelte Waffenstillstand formalisierte die neue Lage lediglich. Doch der wichtigste Punkt des Waffenstillstands wurde nie umgesetzt: der Abzug ausländischer Kräfte. Der kalte Frieden beruht bis heute auf der gegenseitigen Abschreckung durch türkische Militärs, Söldner aus vielen Ländern und drohenden ägyptischen oder emiratischen Luftschlägen.

Seit der Bildung der Einheitsregierung im März 2021 herrscht ein Anschein von Einigkeit. Ihm ist nicht zu trauen, denn die eigentlichen Streitpunkte sind nicht gelöst. Militär und Zentralbank sind weiter zwischen Ost und West gespalten. Das Misstrauen zwischen den Parteien des letzten Bürgerkriegs ist ungebrochen: Haftars Verbände auf der einen Seite, bewaffnete Gruppen aus Westlibyen auf der anderen. Beide Seiten brauchen nach wie vor ihre ausländischen Schutzmächte, um sich gegen einen erneuten Angriff des Gegners zu wappnen.

In dieser hochsensiblen Lage sollen nun Wahlen den Durchbruch schaffen. In der libyschen Öffentlichkeit und bei den Verhandlungsparteien genießt die Forderung nach Wahlen im Dezember breite Unterstützung. Auch für westliche Regierungen und die UN sind die Wahlen zum entscheidenden Meilenstein des politischen Prozesses geworden. Eine gewählte Regierung, so die Logik, besitzt die nötige Legitimität, um die Institutionen unter ihrer Führung zu vereinen und ausländische Kräfte des Landes zu verweisen.

Ob die Wahlen stattfinden werden, ist ungewiss. Noch muss das zerstrittene Parlament erst die Gesetzesgrundlage dafür schaffen. Unklar ist, ob auch ein Präsident gewählt werden wird.

Klar ist dagegen, dass die Voraussetzungen für Wahlen nicht gut sind. Politisch neutrale Sicherheitskräfte gibt es nicht. Hinter Einheiten, die offiziell dem Innenministerium oder der Armee unterstehen, verbergen sich bewaffnete Gruppen, die Wahlerfolge ihrer jeweiligen politischen Gegner zu verhindern suchen werden. Seit 2011 haben drei Bürgerkriege mit wechselnden Allianzen tiefe Gräben in der Gesellschaft hinterlassen. Die Konfliktparteien sehen den Wahlkampf als Verlängerung der Kriegsführung. Der drohende Wahlsieg des einen Lagers weckt Existenzangst unter dessen Gegnern. Das Wahlergebnis könnte den gegenwärtigen Balanceakt beenden.

Was auf den ersten Blick Hand in Hand geht – Wahlen und Abzug ausländischer Kräfte – erweist sich bei näherer Betrachtung als Widerspruch. Für die Konfliktparteien erhöhen die Wahlen die Unsicherheit und damit ihr Bedürfnis an ausländischem Schutz. Ob sich das danach ändert, hängt davon ab, ob das Ergebnis ausgewogen ist oder es einem Lager erlaubt, die Macht an sich zu reißen. Für Libyen ist es ein Glücksspiel mit hohem Einsatz.

Die Europäer haben kaum Möglichkeiten, die Risiken dieses Prozesses einzuhegen. Eine Verzögerung der Wahlen kommt nicht infrage. Ebenso wenig können die Europäer den Konfliktparteien die nötigen Sicherheiten bieten, um den Schutz durch türkische Militärs und russische Söldner hinfällig zu machen. Dafür hat Europa durch sein unberührtes Zuschauen während des letzten Bürgerkriegs zu sehr an Vertrauen eingebüßt. Die zweite Berliner Libyen-Konferenz kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Europäer ihrer selbstgewählten Statistenrolle in Libyen noch nicht entwachsen sind.

Der Autor arbeitet zu Libyen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.